Einzelpreis 1.— Mk. 5. Jahrg. Donnerstag, den 13. April 1922 Nummer 175 Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat April 55.— M., im voraus zahlbar. Durch die Post bezogen 32.— M. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 69,— M., für das übrige Ausland 87.— M.

Die gehaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 12,— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 8,— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 90—152 99

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Entente und Rußland

Das Londoner Memorandum

Sonderbericht des „Intel".

Genua, 12. April.

Kurz nach Schluß der Sitzung der Kommission 3 (Wirtschaftsfragen) empfing Sir Worthington Evans, der Mitglied dieser Kommission ist, eine Anzahl von Journalisten, denen er wertvolle Aufschlüsse über die von der Kommission zu leistenden Arbeiten gab.

Sir Worthington Evans kam auf das Memorandum von London zu sprechen, das der nunmehr gebildeten Wirtschaftskommission zur Prüfung und Stellungnahme vorliegt. Er betonte, daß dieses Memorandum keinerlei autokrative Stellungnahme irgendeines Staates bedeute, sondern lediglich das Ergebnis der Arbeit von Sachverständigen sei. Dieses Memorandum bestehe aus zwei Teilen, von denen sich der erste auf die russische, der zweite auf die übrigen Wirtschaftsfragen bezieht. Der erste Teil zerfällt in drei Unterabschnitte: Der erste enthält die Bedingungen, unter denen die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und den anderen Staaten aufgenommen werden können. Hierunter fällt auch die Liquidation der finanziellen Angelegenheit (Vorkriegsschulden). Ferner sind in diesem Kapitel die Maßnahmen besprochen, die Rußland treffen müßte, um seinen Wiederaufbau unter Mitwirkung der westeuropäischen Staaten zu bewerkstelligen. Der zweite Unterabschnitt behandelt die Justiz in Rußland und stellt die Forderung auf, daß die Justiz von der Exekutive unabhängig sein müßte, daß auch ferner die Richter unabhängig und unantastbar sein müssen. Im dritten Unterabschnitt werden die möglicherweise abzuschließenden Konventionen und Verträge sowie die Maßnahmen erörtert, die für den Wiederaufbau Rußlands notwendig sind.

Im zweiten Teile des Memorandums ist von den Finanzen die Rede. Der zweite Unterabschnitt befaßt sich mit der Frage der Kredite, der dritte mit den Wechselkursen. An dieser Stelle ist auch die Stabilisierung der Valuten behandelt. Hier wird ausgeführt, daß in den Staaten, in denen die Valuten zusammengebrochen sind, eine neue Geldwertung eingeführt oder eine Umwertung vorgenommen werde. Im vierten Abschnitt beschäftigt sich das Memorandum mit den wirtschaftlichen Fragen, den Zöllen und Tarifen, im fünften Unterabschnitt mit der Ein- und Ausfuhr. An sechster Stelle werden die Garantien erörtert, die jenen Kaufleuten zu gewähren seien, die im Auslande Geschäfte abschließen. Das 7. Kapitel behandelt den Schutz des Eigentums der Ausländer, das 8. die Transportfrage, die jedoch der Kommission 4 (Transportfragen) zur Erledigung überwiesen werden wird.

Auf die Frage eines Journalisten, wie sich der Abschnitt des Memorandums, der von den Maßnahmen spreche, die Rußland treffen müssen, um seinen Wiederaufbau mit Hilfe der westeuropäischen Staaten vornehmen zu können, mit den Resolutionen von Cannes, in denen bestimmt worden sei, daß sich kein Staat in die inneren Angelegenheiten des anderen mischen müsse, vertrage, erwiderte Minister Worthington Evans, daß kein Staat positive Eingriffe in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates vornehmen könne, d. h. kein Staat könne verlangen, daß ein anderer diese oder jene Maßnahmen treffen müsse. Dagegen stehe es jedem Staat frei, negative Forderungen zu stellen, d. h. er könne z. B. erklären, mit diesem oder jenem Staate keinen Handel treiben zu wollen, wenn der betreffende Staat nicht diese oder jene Maßnahmen treffe.

Was die Entente von Rußland verlangt

Das „Berliner Tageblatt" bringt in seiner gestrigen Mittagsausgabe einen Auszug aus dem Memorandum, das Lloyd George Tschitscherin überreicht hat. Hiernach heißt es unter anderem darin:

Die wirtschaftliche Wiederherstellung Rußlands ist abhängig von dem Wagemut und dem Kapital des Auslandes, die sich nicht einsetzen können ohne weitgehende Abänderungen der heutigen Zustände in Rußland. Nur Spekulanten könnten gegenwärtig in Rußland ein Feld suchen. Sie würden Rußland ausbeuten und nicht wiederherstellen. Grundlage des Wiederaufbaues ist die Landwirtschaft. Auch hier ist die **Achtung vor dem Eigentum und dem Verfügungsrecht über die Ernten wichtige Voraussetzung.** Nur dann werden landwirtschaftliche **Geräte und Darlehen** gegeben werden können. Die Abhängigkeit Rußlands vom Ausland **auf industriellem Gebiet** ist noch augenfälliger **und nur bei weitestgehender Sicherstellung jeder Art des Eigentums und der Handlungsfreiheit** sowie des Schutzes der Arbeitgeber und Angestellten ist fremde Mitwirkung zu erlangen. **Dieselben Vorbedingungen sind für die Ingangsetzung des Transportwesens** geboten.

Die russische Regierung soll die **Finanzverpflichtungen** der Kaiserlich Russischen Regierung und der provisorischen Regierung gegenüber den fremden Mächten und ihren Angehörigen übernehmen. Ebenso alle bisherigen Verpflichtungen irgendwelcher Behörden in Rußland, und ihre Erfüllung garantieren. Ferner soll die Sowjetregierung die **Verantwortlichkeit für alle wirtschaftlichen und direkten Verluste** tragen, die durch **Vertragsbrüche** oder auf andere Weise den Angehörigen anderer Mächte entstanden und die auf Handlungen oder Unterlassungen der Sowjetregierung oder ihrer Vorgänger zurückzuführen sind. Die Verpflichtungen sollen durch eine russische Schuldenkommission und ein gemischtes Schiedsgericht festgestellt werden. Umfang und Rückzahlung aller Schulden, die zwischen der russischen und einer fremden Regierung seit August 1914 entstanden sind, sollen durch Bezahlung gemeinsam festzustellender Beträge als erledigt gelten.

Man darf wohl annehmen, daß auch in Genua nicht alles so heiß gegessen, wie es aufgetragen wird. Andernfalls würde das Memorandum nicht gerade zum guten Gelingen der Konferenz beitragen können. Der Korrespondent des Acht-Uhr-Abendblatt will bereits „aus gut informierter Quelle" erfahren haben, daß die russische Delegation dem Präsidium bereits mitgeteilt habe, Rußland könne diese Denkschrift nicht als Basis für weitere Verhandlungen annehmen.

Rußland erkennt aber, wie WTB. meldet, die Schulden der zaristischen Regierung vollkommen an, fordert jedoch Zahlungsaufschub und will die Sicherheit der Kapitalien und der geschäftlichen Transaktionen durch eigene Gesetzgebung gewährleisten. Die russische Regierung werde keine Entschädigung für die gegen Sowjetrußland unternommenen Interventionen fordern, falls auch von Rußland keine verlangt werde.

Die Kommissionsberatung über die Denkschrift

Genua, 12. April.

Heute vormittag fand im Eden-Hotel eine Sitzung der für die Behandlung der russischen Fragen ausgewählten Sachverständigen-Kommission statt. An der Sitzung nahmen der Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen teil. Es wurde den Sachverständigen die Denkschrift zur Kenntnis gebracht, die gestern in der Sitzung der ersten allgemeinen Kommission verteilt worden war. Die Sachverständigen werden vor Beginn der morgigen Sitzung der ersten Kommission, in der die Denkschrift zur Diskussion gestellt werden wird, erneut über die russische Frage beraten.

Kommissionsarbeiten

Die Genueser Konferenz hat ihre Arbeiten begonnen. Sie wird sich naturgemäß vorwiegend in Kommissionen abwickeln. Es sollen mehrere solcher Kommissionen, soweit es sich übersehen läßt, deren sieben gebildet werden, die zum Teil wieder Unterausschüsse mit Vorarbeiten betraut. Einige Kommissionen sind bereits eingesetzt. Die erste Kommission wurde schlechtweg als allgemeine oder politische Kommission bezeichnet. Eine zweite soll sich mit den Finanzfragen, die dritte mit Wirtschaftsfragen, die vierte mit Verkehrsfragen befassen. Außerdem wurden noch eine juristische, eine Vollmachtsprüfungs- und eine Redaktionskommission eingesetzt.

Die politische Kommission, die eine der wichtigsten ist, wird sich im wesentlichen mit folgenden drei Fragen zu beschäftigen haben:

1. wie die Grundsätze der Konferenz von Cannes in die Praxis umgesetzt werden können,
2. welche Grundlagen für den europäischen Frieden geschaffen werden müssen,
3. wie unbeschadet der bestehenden Verträge das Vertrauen zwischen den Mächten gefördert werden kann.

Die Verkehrs- und die Wirtschaftskommission haben ihre Arbeiten gestern früh bereits aufgenommen. Der ersteren Kommission gehören deutscherseits die Reichsminister Rathenau und Schmidt und als deren Stellvertreter die Staatssekretäre von Simson und Stieler an. Es wurde ein Unterausschuß eingesetzt, der zunächst den Geschäftsplan ausarbeiten soll. Man gedenkt mehrere Unterausschüsse zu berufen, z. B. für Eisenbahnfragen, für die Binnenschiffahrt und für den Seeverkehr.

Der Wirtschaftskommission gehören von der deutschen Delegation ebenfalls die beiden vorgenannten Minister Rathenau und die Staatssekretäre Hirsch und Simson an. Innerhalb dieser Kommission sollen ebenfalls Spezialkommissionen gebildet werden.

Allgemein ist man übereingekommen, entgegen dem französischen Verlangen, die Unterkommissionen nicht nur durch je einen Vertreter der einladenden Staaten, auch durch je einen Vertreter Rußlands und Deutschlands, sowie insgesamt fünf Vertretern der kleinen Staaten zu besetzen.

Zurück zum Klassenkampf!

Es ist verständlich, wenn Schichten des Proletariats zu bestimmten Perioden auf dem Boden des Reformismus, der Koalition mit bürgerlichen Parteien zum Zwecke der Regierungsbildung geraten. Verhandeln ist bequemer als kämpfen. Es springen dabei auch kleine Vorteile heraus, die allerdings bei näherer Betrachtung sich als Scheinerfolge erweisen. Der Klassenkampf stellt größere Anforderungen an das Proletariat, an seine Führer. Er verlangt, daß die Massen und ihre Führer unermüdlich und unter Einsetzung der ganzen Kraft zähe um große Ziele ringen und sich von keinem Mißerfolg abschrecken lassen.

Noch begreiflicher ist es, wenn Angehörige des Kleinbürgertums, die in die Arbeiterbewegung geraten und in ihr rasch avancieren, den Klassenkampf ablehnen. Das deutsche Kleinbürgertum hat in der Vergangenheit große entscheidende Klassenkämpfe nicht geführt. Heute steht es zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie haltlos und schwankend. Da ist es natürlich, wenn Kleinbürger, die zum Proletariat kommen, sich mit Vorliebe auf die Bahn des Reformismus begeben. Sie sagt ihnen weit mehr zu als der Klassenkampf.

Ist die Zeit des Klassenkampfes vorbei? Heinrich Cunow schrieb — vor dem Kriege — in seinem Buche „Die revolutionäre Zeitungsliteratur Frankreichs 1789 bis 1791" unter anderem:

„Die **Klassenkämpfe** der französischen Gesellschaft gegen Ende des 18. Jahrhunderts **sind heute keineswegs überwunden; sie haben, vermehrt und verstärkt durch neue Interessenkomplikationen, seitdem noch an Schärfe gewonnen.**"

Will jemand behaupten, daß auf die jetzige Zeit die Cunowschen Darlegungen nicht anzuwenden sind? Gewiß, wir haben die fremde Demokratie, aber die war in Frankreich und in England auch schon früher, und Heinrich Cunow hätte — vor dem Kriege — den schön angesehen, der erklärt hätte, deshalb brauchte in England und Frankreich das Proletariat den Klassenkampf nicht mehr zu führen.

Wir haben — und daran hat die fremde Demokratie nicht das geringste geändert — in Deutschland wie in allen kapitalistischen Staaten zwei große Klassen — die Schicht der Besitzenden und die Schicht der Besitzlosen. Innerhalb dieser Gruppen kann nun wieder eine Differenzierung nach der Größe des Besitzes oder auch nach der Größe des Elendes, der Unsicherheit der Existenz vorgenommen werden. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß zwei große Klassen vorhanden sind, deren Interessen sich diametral gegenüberstehen. Diese Gegensätze sind auf die Dauer durch Verhandeln nicht auszugleichen. Man kann eine Zeit hindurch dem Kampfe ausweichen, man kann auch Kompromisse schließen, wobei das Proletariat in der Regel den kürzeren zieht, schließlich kommt doch einmal die Situation, in der die großen Kämpfe zwischen den beiden Klassen entbrennen. Wer sich dann am besten auf sie eingestellt hat, wer wohlausgerüstet und kampferprobt dasteht, der kann auf einen Sieg hoffen.

Auf seinem Wege zum Sozialismus bleibt dem Proletariat manches nicht erspart. Es erlebt Enttäuschungen, Niederlagen. Die eine große Enttäuschung ist — das kann jetzt schon bestimmt gesagt werden — die Periode der Koalition mit dem Bürgertum. Wer die letzten Jahre überschaut, der kann sehen, daß sie dem Proletariat so gut wie nichts, der Bourgeoisie so gut wie alles gebracht hat. Die Besitzenden haben sich bereichert, die Besitzlosen sind immer tiefer ins Elend geraten. Die Rechte, die in den wenigen Tagen der Novemberrevolution errungen wurden, sind in der Koalitionsperiode allmählich abgebaut! Neue Angriffe auf sie stehen bevor. Irgendeinen großen Fortschritt hat es nicht gegeben. Rückschritt ist Trumpf gewesen und auch heute noch maßgebend.

Und wie ist der Sozialismus in Mißkredit gebracht worden. Die Deutschnationalen verweisen in ihrer Agitation unter der rückständigen notleidenden Bevölkerung auf den sozialistischen Reichspräsidenten, auf die sozialistischen Minister. Sie hätten die Macht. Das, was jetzt geschähe, sei Sozialismus.

Und wie kommt dem Zentrum die Koalitionspolitik gelegen. Es kann den unzufriedenen katholischen Arbeitern immer wieder sagen, sie hätten gar keinen Grund, mit der Zentrumspolitik unzufrieden zu sein, denn es würde ja alles Hand in Hand mit der Sozialdemokratie gemacht!! Das stärkt dem Zentrum gewaltig den Rücken, und gerade das Zentrum ist aus diesen und anderen Gründen am eifrigsten dabei, wenn es gilt, die Koalition mit den

Rechtssozialisten aufrechtzuerhalten. Es gewinnt am meisten.

So sehen wir, wie verderblich die Koalitionspolitik für das Proletariat ist und wie notwendig es ist, daß es sich wieder einheitlich auf den Klassenkampf einstellt. Und zwar national und international. Dann wird das Proletariat im allmählichen Ringen die Bourgeoisie zurückdrängen. Die Frage, ob später, wenn das Proletariat nahezu die Macht erobert hat, eine Koalition mit dieser oder jener bürgerlichen Partei möglich und nützlich ist, kann ruhig aus der Debatte ausscheiden. Diejenigen, die sie aufweisen, wollen ja auch nicht ein Zukunftsproblem erörtern, sondern ihre Absicht ist, die Arbeiterklasse möglichst bald auf den Weg der Koalitionspolitik zu drängen. Man soll sich keiner naiven Hoffnungen hingeben. Je mehr das Proletariat an Macht zunimmt, desto schärfer werden die Gegensätze zwischen ihm und der Bourgeoisie. Und wer da glaubt, daß Angehörige der Bourgeoisie eine gemeinnützige Tätigkeit mit den Vertretern der Arbeiterklasse im Reichstage entfalten werden, wenn diesen nur noch einige Stimmen fehlen werden, der irrt ganz gewaltig. Dann wird der Kampf erst in voller Größe aufleben. Wir sehen ja heute schon, wie das Agrariertum erklärt, Gesetze, die ihm nicht passen, unter keinen Umständen zu beachten. Es hilft dem Proletariat nichts. Es muß zum Klassenkampf greifen, und je eher, je einheitlicher das geschieht, desto besser ist es für die Arbeiterklasse.

Ausländische Pressestimmen zum Zwischenfall Barthou-Tschitscherin

Unser Pariser Parteiorgan „Populaire" schreibt zum Zwischenfall Barthou-Tschitscherin, Barthou sei es durch sein dreimaliges Eingreifen gelungen, einen **Skandal hervorzurufen und Frankreich zu isolieren.** Er habe die in Washington begangenen Fehler verschlimmert. Durch sein Eingreifen, das viel brutaler gewesen sei als das Briands und Sarrauts in Amerika, habe er von dieser Tribüne herab, von der aus alles einen noch stärkeren Widerhall finde als in Washington, in den Gemütern aller Völker tiefer als je die Ueberzeugung verankert, daß das **Frankreich des nationalen Blocks sich systematisch jeder Beschränkung der Landrüstungen in Europa widersetze** und widersetzen werde. Darüber hinaus habe er Trotzki ausgezeichnete Gründe geliefert, seine Rote Armee zu behalten.

Der Sonderberichterstatter des „Oeuvre" schreibt: Frankreich könne ruhig Schranken nach allen Seiten hin aufbauen, die Tatsachen würden es eines Tages zwingen, an die wesentlichen grundlegenden Fragen heranzugehen, ohne deren Regelung in Europa nichts von Bestand gebaut werden könne. Man müsse befürchten, daß an diesem Tage, wenn Frankreich noch einmal erkläre, Deutschland müsse wiederherstellen, Europa ihm antworten werde: **Die Reparationen werden alle Abkommen zu Grunde richten,** die wir in Genua so mühsam geschaffen haben. **Von den Reparationen hätte in Genua gesprochen werden müssen,** und das habt ihr nicht gewollt. Dann würde Frankreich endgültig isoliert und ohnmächtig dastehen.

„Ere Nouvelle" schreibt, daß einer der großen Erfolge des Tages Tschitscherin zugefallen sei, der die Abrüstungsfrage auf den Tisch geworfen und angeboten habe, mit dem eigenen Lande den Anfang zu machen. Barthou habe mit solcher Ungeschicklichkeit geantwortet, daß **das Gerücht von der brutalen Ablehnung Frankreichs bereits Amerika und andere Länder durcheilen müsse.** Wenn Lloyd George nicht gewesen wäre, der humorvoll dem französischen Delegierten zur Seite getreten sei, wäre ein ernster Zwischenfall entstanden, bei dem Frankreich nichts hätte gewinnen können.

WTB. **Genua,** 12. April.

Eine größere Anzahl von italienischen Blättern hebt mit Befriedigung hervor, daß die Rede des deutschen Reichskanzlers den großen Vorzug gehabt habe, jeden Anstoß zu vermeiden und Barthou keinen Anlaß zum Einhaken zu geben. Das Auftreten Barthous wird dagegen vielfach kritisiert. So schreibt die „Stampa", Frankreich ist von der Gerechtigkeit seiner Sache durchaus überzeugt, sein Auftreten ist auch juristisch gerechtfertigt, aber weder menschlich noch sympathisch. „Cittadino" bemerkt, Barthou finde nur bei den Franzosen Beifall. „Gazetta del popolo" sagt: Die Franzosen haben sich vollständig isoliert, auch die Kleine Entente ist ihnen nicht beigesprungen. Barthou ist Tschitscherin in das Netz gegangen. „Il Paese" spricht von der „Bismarckschen" Gewaltpolitik Frankreichs. „Corriere d'Italia" bedauert die „Nervosität" Barthous. „Corriere della sera" bemerkt in seiner Besprechung, alles gegenwärtige Uebel komme nicht vom Kriege, sondern von der Idee, daß die rohe Gewalt die Welt regieren könne.

Man darf bei dieser Auslese jedoch nicht außer acht lassen, daß sie mehr oder minder tendenziös von den Telegraphenbureaus gemacht sind und eine Nachprüfung erst nach Eingang der Blätter möglich ist. Nichtsdestoweniger zeigen sie aber doch, daß der von Frankreich jetzt so verbissen innegehaltene Gewaltpolitik immer mehr Widersacher erstehen. Gewiß nicht aus Liebe zu Deutschland. Wohl aber aus der Erkenntnis der Gefahren, die sie für Völker und Länder in sich birgt.

Keine Rüstungspause

Paris, 12. April.

Nach einer Havasmeldung aus Genua dementierte der englische Schatzkanzler Sir Robert Horne heute offiziell die von der Pariser Presse Lloyd George zugeschriebenen Pläne einer Rüstungspause von zehn Jahren.

Natürlich in München.

Seitdem es badischen Justizbeamten gelungen war, bei den Nachforschungen über den Erzberger-Mord die nach München führenden Spuren der Mörder aufzudecken und die geheimen Fäden der Organisationen bloßzulegen, die nicht nur jenen Mord auf dem Gewissen haben, sondern ganz **systematisch auf die gewaltsame Beseitigung aller unseren Monarchisten und Nationalisten verhaßten Persönlichkeiten hinarbeiten,** setzte ein stiller, aber zäher Kampf ein, um die teils in Baden verhafteten, teils nach Baden gebrachten Verschwörer der Hand der badischen Gerichte zu entziehen. Dieses Bestreben ist verständlich. Die Ehrhardt-Banden und ihre Hintermänner fürchten die gerichtliche Aufhellung, die bei einem eventuellen Prozeß in Baden erfolgen könnte. Sie fürchten, daß badische Richter vielleicht weniger rücksichtsvoll sein könnten als beispielsweise Münchener Richter, wie sie überhaupt Baden als ein weniger geeignetes Feld für die Erledigung solcher Prozesse halten als Kahr-Bayern. Und darum die wiederholten Versuche, die reaktionären Geheimbündler der badischen Justiz zu entwinden.

Schon früher war gemeldet worden, daß die Gerichtsverhandlung gegen die Geheimbündler nicht in Offenburg (Baden), wie ursprünglich geplant, durchgeführt werden sollte, sondern in München. Aber als dann in der Presse gegen diese Verlegung des Prozesses, dessen Zweck ganz offensichtlich war, Protest erhoben ward, hieß es, eine solche Verlegung sei nicht geplant. Aber nunmehr scheinen die zähen Bemühungen doch von Erfolg gewesen zu sein; denn die Tel.-Union meldet nunmehr mit Bestimmtheit, daß der Geheimbundprozeß nicht in Offenburg, sondern in München zur Verhandlung kommt. Wenn in der Meldung beigefügt wird, das Reichsgericht habe eine dahingehende Entscheidung getroffen, so ändert dies nichts an dem Skandal, der in diesem Wechsel des Verhandlungsortes liegt, sondern verschlimmert ihn nur. Allerdings wird nach den Erfahrungen der letzten Jahre kaum jemand vom Reichsgericht etwas Anderes erwartet haben.

Der Geheimbundprozeß gegen die Angeschuldigten der Abt. C. (Ehrhardt)

ist durch die neueste Entscheidung des Reichsgerichts auf ein totes Geleise verschoben. Im Februar wurde gerichtlich entschieden, daß die Verhandlungen gegen den ehemaligen Offizier Killinger, z. Zt. Untersuchungsgefangener in Offenburg (Baden) und gegen ein halbes Hundert seiner Mitangeklagten im Geheimbundprozeß nicht in München, sondern vor dem badischen Landgericht Offenburg stattfinden soll. Im Zusammenhang mit der Anklage gegen denselben Killinger, der sich wegen Fluchtbegünstigung der Erzberger-Mörder Schulz und Tillesen zu verantworten hat, ist gemäß § 13 der StPO. der gemeinsame Gerichtsstand in Offenburg festgesetzt worden.

Dagegen haben die Geheimbündler Killinger und Kauth eine Entscheidung des Reichsgerichtes veranlaßt, worin neuerdings die Zuständigkeit des Offenburger Gerichtshofes wieder bestritten und der Gerichtsstand gemäß dem Verlangen der beiden Bundesgenossen der Erhardt-Garde jetzt nach München verlegt wird. Nun stehen noch weitere Entscheidungen aus, weil die vier Dutzend andere Verbündeten, die der Reihe nach sich ebenfalls vertrauensvoll an das Reichsgericht wenden werden, um auch an die berühmte Justitia in Isar-Athen verwiesen zu werden. Damit erfährt der Geheimbundprozeß, der soeben auf die Tagesordnung des Offenburger Schwurgerichts gesetzt werden sollte, eine Verzögerung, vielleicht eine stille Einschläferung in alle Ewigkeit.

Die Verhandlungen vor den badischen Geschworenen gegen die beiden Begünstiger der Erzbergermörder steht in Offenburg bevor. Der ganze bewiesene Geheimbund-Organismus der C-Abteilung muß dabei offenkundig dargelegt werden. Dazu hat die Staatsanwaltschaft Offenburg einen Berg von Akten aufgetragen und eine voluminöse Anklageschrift angefertigt. Wird nunmehr der Geheimbund an den bayerischen Gerichtshof verwiesen, dann darf man, angesichts der streng zu wahrenden Staatshoheit des blauweißen republikanischen Königreiches annehmen, daß die badischen Untersuchungsakten und Anklageschriften, dieses Werk eines großen Zeit- und Kraftaufwandes, keine Beachtung finden.

Das Reichsgericht hat sich wieder ein neues Verdienst erworben um den Schutz der monarchistischen Abenteurer in Deutschland.

Was ist schuld am Ruhraufstand?

Vor kurzem ist im Verlag G. D. Baedecker in Essen eine Schrift erschienen, die sich ernstlich bemüht, in die tieferen Untergründe des Ruhraufstandes hinabzuleuchten. Sie betitelt sich: „Beitrag zur Geschichte und Soziologie des Ruhraufstandes" und ihr Verfasser geht mit wissenschaftlicher Methode an die Untersuchung. Jede Leidenschaftlichkeit ist ausgeschaltet. Ihr Eindringen hindert schon die Distanz, welche den Verfasser von den blutigen Ereignissen trennt. Gerade dieser Umstand verleiht dem Schriftchen seine besondere Bedeutung und um so höher müssen dessen Ergebnisse gewürdigt und gewertet werden. Wo leitet nun der Verfasser den Impuls des Ruhraufstandes ab? Er erklärt:

„Jede Volkserhebung verschafft sich gewisse Schlagworte, die als Symbol wie ein Fahne, Ausdruck für alle Gefühle sein sollen. Nun, die Schlagworte, die diese Bewegung als Wahrzeichen begleiteten, waren nicht: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! Nicht: Friede und Brot! Auch nicht an wesentlicher Stelle: Räte und Diktatur! sondern das in diesen Tagen am meisten gehörte Wort, das war: die Roßkes. Und damit bezeichnete man alles, was Uniform trug, und nicht nur für Unabhängige und Kommunisten war das ein Schlagruf, sondern auch für manchen Mehrheitssozialisten und Christlichen."

Die Reichswehr selbst nennt der Verfasser ein Gebilde von eigener Willensbildung, von eigenen Interessen, von eigener Ideologie," eine Militärmacht, „in der der Geist des alten Offizierkorps lebendig war."

Der unvoreingenommene Beurteiler des Ruhraufstandes wird zweifellos jeden der hier ausgesprochenen Sätze zustimmen müssen. Es wäre wichtig, daß auch die Minister Radbruch und Severing diesem objektiven Urteil Beachtung schenkten und schleunigst ihren Kerkermeistern die Weisung erteilten, noch wegen ihrer Beteiligung an diesem Aufstand gefangen gehaltenen Arbeitern die Tür zur Freiheit zu öffnen. Denn nicht sie sind die Schuldigen und Verbrecher, die Schuldigen und Verbrecher sind vielmehr jene, welche dem kaiserlichen Offizierkorps gestattet haben, aus der Reichswehr ein Instrument ihrer Interessen und ihrer der Arbeiterschaft feindlichen Ideologie zu machen. Und weiter wird man fragen müssen, ob in der Reichswehr heute wirklich jene Veränderungen vorgenommen sind, die eine Wiederholung solchen Machtspieles unmöglich machen. Geßler behauptet zwar, daß die Reichswehr nun ein Instrument der Republik sei, aber wir bezweifeln die Richtigkeit dieser Behauptung ebenso sehr wie wir bezweifeln, daß Herr Geßler selbst ein verläßlicher Eckart der Republik ist.

Der Reichsrat giebt nach

So unzulänglich die abgeänderten Unterstützungssätze der Rentenempfänger auch sind, so bestand nichtsdestoweniger die Gefahr, daß selbst die geringen Erhöhungen der Sätze an dem Widerspruch des Reichsrats scheitern werden. Auf diesen Umstand haben wir bereits im Leitartikel der Mittwoch-Abendausgabe hingewiesen. Nachträglich nahm der Reichsrat von seinem Einspruch Abstand, und am Dienstag dieser Woche erfolgte dann die offizielle Zustimmung dieser Körperschaft zu dem Gesetzentwurf über die über die Unterstützung von Rentenempfängern der Invaliden- und Angestelltenversicherung. Allerdings konnte der Reichsrat nicht unterlassen, bei dieser Gelegenheit seinen „Standpunkt in Form der nachstehenden Entschließung zu wahren":

„Der Reichsrat erkennt die Notwendigkeit der vom Reichstag beschlossenen Erhöhung der Zuschüsse für die Rentenempfänger der Invaliden- und Altersversicherung an. Er kann es indessen nicht als gerechtfertigt ansehen, daß nunmehr die Länder, die nicht Versicherungsträger sind, und auch durch die Zuschüsse aus Reichsmitteln ihrerseits Ersparnisse auf dem Gebiet der Armenpflege nicht machen, durch das vorliegende Initiativgesetz zur Mittragung der neuen Lasten herangezogen werden sollen. Der Reichsrat bedauert, daß der Reichstag, ohne den durch das Gesetz zur Aufbringung erhöhter Lasten verpflichteten Ländern und Gemeinden die Möglichkeit einer Mitberatung gegeben zu haben, im Wege des Initiativantrags über die Mittel der Länder beschlossen hat. Der Reichsrat kann nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß bei einem solchen Vorgehen die größte Gefahr besteht, daß infolge der Erschöpfung der finanziellen Kräfte von Gemeinden und Ländern die Durchführung der beschlossenen sozialen Gesetze in Frage gestellt werden kann."

Das Auslandsmehl billiger als das Inlandsmehl

Die Getreidewucherer hatten unter Ausnützung des niedrigen Standes des deutschen Geldes die Brot- und Mehlpreise ganz enorm in die Höhe getrieben. Der Wert der deutschen Papiermark ist etwas gestiegen und die Getreidepreise sind ein wenig gefallen. So macht das „Berliner Tageblatt" in seinem Handelsteil darauf aufmerksam, daß am Berliner Markt für 50 Kilogramm ab Station notierten:

	28. März M.	10. April M.	Rückgang M.
Weizen, märkischer . . .	855— 860	803— 809	51— 52
Roggen	625— 640	592— 598	33— 42
Sommergerste	725— 740	695— 712	28— 30
Hafer, märkischer . . .	635— 640	596— 606	34— 39
Mais, April	560— 565	496— 502	63— 64
Weizenmehl per 100 Kilo	2050—2200	2010—2125	40— 75
Roggenmehl per 100 Kilo	1430—1560	1370—1460	60—100
100 holländische Gulden .	12850	11450	1400
1 Dollar	339	298,25	40,75

Es wird darauf hingewiesen, daß zum Fallen der Preise vielleicht auch die Freigabe der Mehleinfuhr beigetragen habe. Die Forderungen für Auslandsmehl hätten sich teilweise billiger gestellt als für gute Inlandsmarken. So hat also der agrarische Wucher gewirkt. Die Preise sind auch jetzt noch viel zu hoch. Sie stehen in keinem Verhältnis zu den Produktionskosten, und sie hätten nicht eine solche Höhe angenommen, wenn nicht vier Fünftel der deutschen Getreideernte der sogenannetn freien Wirtschaft ausgeliefert worden wären.

Wenn die Agrarier ihre gesetzliche Pflicht erfullen sollen

Die „Deutsche Tageszeitung" bringt in Nummer 174 einen Artikel über „die unmögliche Getreideumlage". Ein Kommunalverband, der freilich nicht seinen Namen nennt, legt dar, welche Schwierigkeiten er gehabt hat, um die Agrarier zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Pflicht zu zwingen. Es heißt in den Darlegungen:

„Die Durchführung des Verfahrens hat hier zu den größten Schwierigkeiten geführt, die eine Wiederholung als ausgeschlossen erscheinen lassen. Schon bei der Einziehung des ersten Viertels **blieben von etwa 8000 Landwirten 2500 im Rückstande.** Nur durch schärfste Anwendung aller gesetzlichen Zwangsmaßnahmen, wie Pfändung und Enteignung war es schließlich möglich, die Lieferungen einigermaßen in Gang zu bringen. Die mit diesen Maßnahmen verbundene Arbeitslast war so groß, daß die laufenden Geschäfte der Verwaltung ins Stocken kamen. Trotzdem ist es nicht gelungen, das Liefersoll voll zu erfüllen. Der Kreis ist genötigt gewesen, etwa 5000 Zentner Roggen freihändig zu kaufen, mit weiteren 2000 Zentner kommt er in den Geldersatz. Die Wiedereinziehung des Geldersatzes wird die größten Schwierigkeiten machen . . . Sollte trotzdem die Belastung der Kreise mit dieser Aufgabe wieder beliebt werden, so müßte ich dem Kreisausschuß pflichtgemäß erklären, daß **die Einziehung des Geldersatzes von dem etwa 800 Restanten die Kräfte der Kreisverwaltung auf Monate hinaus völlig in Anspruch nimmt** und daß ich angesichts der einmütig ablehnenden Haltung der ländlichen Bevölkerung irgendeine Gewähr für die erfolgreiche Durchführung des Gesetzes nicht zu übernehmen vermag. Ich wäre hierzu um so weniger in der Lage, als voraussichtlich ein **erheblicher Teil der ländlichen Gemeindevorsteher ihre Mitwirkung verweigern** wird, was ich ihnen nach den vielfachen Angriffen, denen sie jetzt ausgesetzt sind, nicht verdenken kann."

So sehen die „staatserhaltenden" Kreise aus, die immer von den anderen, insbesondere von den Arbeitern peinlichst genaue Pflichterfüllung gegenüber dem Staat und der Gesellschaft verlangen. Dabei muß man wissen, daß die Landwirte nur ein Fünftel des Getreides abliefern sollten!! Ueber vier Fünftel konnten sie frei verfügen. Und trotzdem konnten nur Pfändung und Enteignung zum Ziele führen, und die Kreisverwaltung muß monatelang arbeiten, um das Geld von denen einzuziehen, die nicht abgeliefert haben. Es sind selbstlose Menschen, unsere Agrarier.

Die Reparationskommission berät

Nach einer Meldung des Pariser „Matin" hat die Reparationskommission am Mittwoch mit der Beratung der letzten deutschen Antwortnote begonnen. Eine Antwort werde allerdings nicht sofort erfolgen, vielmehr sei eine solche erst nach dem Abschluß der Konferenz in Genua zu erwarten.

Aufforderung zur Mandatsniederlegung

Die Starträte Brühl und Schüning haben zwar nach einem von ihnen gesuchten Vorwand ihren Austritt aus der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei erklärt, aber keineswegs die einzig richtige Konsequenz gezogen, ihre Posten als besoldete Stadträte der Stadt Berlin niederzulegen, obwohl sie diese Posten aus ihrer früheren Zugehörigkeit zu unserer Partei verdanken und obendrein die Verpflichtung auf sich genommen haben, in einem Konfliktsfall mit der Partei wie dem vorliegenden sofort ihre Posten bezw. Mandate zur Verfügung zu stellen. Um Brühl und Schüning an diese Verpflichtung zu erinnern, richtete der Bezirksverband Berlin-Brandenburg der USPD. an sie unterm 12. April das folgende gleichlautende Schreiben:

„Nach der uns zugegangenen Mitteilung sind Sie aus der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ausgetreten. Wir fordern Sie daher hiermit auf, Ihr Mandat als Stadtrat in die Hände der Mandatszeberin zurückzulegen. Es dürfte Ihnen ja bekannt sein, daß Sie nach den Beschlüssen der Organisation verpflichtet sind, auf Aufforderung der Partei (der Bezirksorganisation Berlin-Brandenburg) Ihr Mandat niederzulegen."

Da Brühl auch Reichstagsabgeordneter ist, erging an ihn die Aufforderung auch zur Niederlegung seines Reichstagsmandats. Wir nehmen an, daß die sozialdemokratische Partei, bei der ja Beide nach einer „Vorwärts"-Mitteilung um Aufnahme nachgesucht haben, das in dem Schreiben des Bezirksverbandes der USPD. ausgesprochene Ersuchen unterstützen wird, zumal der „Vorwärts" in dem Fall des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Bendiner kürzlich geschrieben hat, Dr. Bendiner sei moralisch gerichtet, weil er nach seinem Austritt aus der SPD. das ihm übertragene Landtagsmandat nicht niederlegte.

Das Höchstmieten-Gesetz

Ungesetzliche Richtlinien des Berliner Magistrats.

Der Hauptvorzug des Preuß. Höchstmietengesetzes war, daß die Zuschläge zur Friedensmiete einheitlich festgesetzt wurden. Leider enthält dieses Gesetz den gefährlichen § 10, der besagt, daß bei unverschuldeter Zubuße dem Hauswirt ein weiterer Zuschlag durch das Mieteinigungsamt bewilligt werden kann, wenn die Zubußen bei der Verwaltung nur entweder durch notwendige bauliche Instandsetzungsarbeiten oder durch Erhöhung der öffentlich-rechtlichen Abgaben verursacht sind. Der Berliner Magistrat hatte am 16. Juni 1921 verordnet, daß durch die damaligen Höchstzuschläge die Erhöhung der öffentlich-rechtlichen Abgaben als abgegolten anzusehen sei und der Minister für Volkswahlfahrt hätte dies gestattet.

Vor einiger Zeit hat das Zentralwohnungsamt mit Genehmigung des Magistrats an die verschiedenen Mieteinigungsämter Richtlinien herausgegeben, die das Preuß. Höchstmietengesetz in einer das Gesetz und die Interessen der Bevölkerung ins Gesicht schlagenden Weise ins direkte Gegenteil verkehren. Diese Richtlinien besagen, daß dem Hausbesitzer alle Zubußen nachträglich zu ersetzen sind. Sie führen an: Hypothekenzinsen, fünfprozentige Verzinsung des eigenen Kapitals, eine Vergütung von ½ Prozent vom gewissen Wert des Hauses, sämtliche Reparaturen, die Zentralheizungshäuser, sogar die behördlich festgesetzte Beteiligung des Hauswirtes an den Kosten der Heizung!

Diese völlig ungesetzlichen „Richtlinien" werden nunmehr von den Mieteinigungsämtern in manchmal geradezu rigoroser Weise zur Anwendung gebracht. Während man früher über 15 Prozent Zuschlag zur Friedensmiete meist nicht hinausging, werden jetzt **35 Prozent und noch mehr** dem Mieter auferlegt! Die Vorsitzenden der Mieteinigungsämter erklären zwar bereitwillig, sie wüßten, daß hier ein wirklicher **Rechtsbruch** vorliegt, sie halten sich aber an jene Richtlinien des Zentralwohnungsamtes gebunden!

Wie ist es nun aber möglich, daß derartig skandalöse Richtlinien entstehen konnten? Wie fast immer, tragen die Mieter selbst einen Teil der Schuld. Bei den Beratungen über § 10 haben Vermieter, einige Vertreter der Mieterorganisationen und Mieteinigungsamts-Vorsitzende gesessen.

Es wird nun behauptet, die Mieter hätten zugestimmt und diese unerhörten Richtlinien wären ein Kompromiß. Dieser Behauptung muß widersprochen werden. Wichtigste Mieterorganisationen sind gar nicht gehört worden! Wenn wirklich „Mietervertreter" zu diesen Richtlinien ihre Zustimmung gegeben haben sollten, so müßten derartige „Mieterführer" zum Teufel gejagt werden. Der Magistrat sucht sich aber für seine Zwecke anscheinend derartige bequeme Organisationen aus. Hier muß einmal die Oeffentlichkeit aufgeklärt werden.

Der Dresdener Mieterverband ebenso wie sein sogenannter Berliner Gau sind nicht die berufenen Vertreter der Mieterschaft! Leider sind auch nicht alle Gewerkschaftsvertreter der Materie völlig gewachsen. In jedem Fall sind die Richtlinien **ungesetzlich**.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und von Berlin als vorgesetzte Behörde, muß hier sofort eingreifen. Denn wenn auch das künftige Reichsmietengesetz die Frage demnächst anderweitig regelt, so trifft bis zu diesem Zeitpunkt die Anwendung der Richtlinien die Mieten des vorigen Jahres, und es würden auf diese Weise noch Hunderte von Millionen Mark durch eine ungeheuerliche Gesetzesverletzung den an und für sich schon schwer genug leidenden Mietern aus den Taschen gelockt werden.

Wohnungswucher, Mietssteuer und Reichsmietengesetz

Ueber dieses Thema hielt am Dienstag der Reichstagsabgeordnete Gen. Kuhnt-Chemnitz ein groß angelegtes Referat in Kliems-Festsälen, Hasenheide. Dicht besetzt — ein Beweis, welch' großes Interesse die Proletarier dieser Sache entgegenbringen — war der große Saal, vielleicht einer der größten Groß-Berlins. Der Referent schilderte zunächst den Kampf der Sozialdemokratie schon in der Vorkriegszeit gegen das Wohnungselend. Er bewies an Hand umfangreichen Materials, daß auch das Wohnungselend international ist, auch in valutastarken Ländern. Amerika hat z. B. 6 Millionen Arbeitslose und ein Minus von 2 Millionen Wohnungen. Ein Beweis, daß es eitel Lügen unserer Hausbesitzer und Kapitalisten sind, wenn sie die Wohnungsnot zurückführen auf den schlechten Stand unserer Valuta. Gerührt und mit tränendem Auge hörten die Anwesenden die Berichte Kuhnt's über die Verhältnisse im Erzgebirge. Die Aufmerksamkeit und Erregung steigerte sich, als Kuhnt die Angaben des Bergwerkdirektors Leopold im Wohnungsausschuß des Reichstages über die Wohnverhältnisse im Waldenburger Gebiet in Schlesien wiedergab. Auf 100 Wohnungen kommen hier 90 Einzimmer-Wohnungen, in welchen je zwei bis drei Familien hausen. Durch die Schichtarbeit und den Wohnungsmangel werden die Betten 24 Stunden täglich belegt, so daß diese dauernd benutzt und dadurch überhaupt nicht mehr kalt werden. Das Zusammenpferchen vieler Personen in engen Räumen führt zur Demoralisierung, zur Verkümmerung der Jugend. Darum muß es die Aufgabe der Arbeiterparteien sein, gegen dieses Wohnungselend anzukämpfen. Die Unabhängige Partei hat daher als Forderung aufgestellt: „Sozialisierung des Wohnungswesens. Keine Mietsteuer, sondern Erfassung der Sachwerte zum Bau von Wohnungen." Da aber diese Forderungen nicht durchzusetzen waren, beantragte die USP., daß Leute mit Einkommen bis 30 000 Mark von der Mietsteuer freibleiben sollen. Der Antrag fiel, da die Regierung erklärte, daß sie bei Annahme des Antrages kein Interesse mehr an dem Gesetz hätte. Ein Beweis, daß

U. S. P. D.

Massen heraus!

300 Prozent Mietszuschlag

Wohnungswucher – Mietssteuer und Reichsmietengesetz

Ueber dieses Thema spricht heute

Donnerstag, den 13. April, abends 7 Uhr

in der

Brauerei Friedrichshain (Am Friedrichshain)

Reichstagsabgeordneter **Bernhard Kuhnt.**

Freie Aussprache.

Zur Deckung der Unkosten Eintritt 1 Mark.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

die arbeitende Klasse der Regierung die Mittel aufbringen solle. Das Bestreben der Hausbesitzer ist die freie Wohnungswirtschaft. Freie Wohnungswirtschaft bedeutet aber: 25—30 fache Friedensmiete. Dagegen muß der Kampf aufgenommen werden, bis die Mieter die Häuser in Selbstverwaltung übernommen haben. — Dann ging der Referent auf die Bestimmungen des Reichsmietengesetzes ein. Besonders hob er die Tatsache hervor, daß die Mieter über den Erneuerungsfonds selbst verfügen. Hierin liegt die Stärke der Mieter. Dieser Paragraph muß ausgenützt werden. — In der Diskussion sprachen nur Vertreter der Mieterorganisationen, die durchblicken ließen, daß nur sie die Interessen der Mieter vertreten. In treffenden Worten bewies der Referent, daß diese Organisationen zu schwach seien, um energisch die Sache der Mieter zu vertreten, und daß sie außerdem Elemente in ihren Reihen dulden, die durchaus kapitalistisch orientiert sind. Die Arbeiterparteien müßten geschlossen auftreten, um dem Wohnungselend mit Erfolg zu Leibe zu gehen. Mit der Aufforderung zum Kampf gegen Wohnungswucher, Hausbesitzerwillkür und Ausbeutung, gegen freie Wirtschaft im Wohnungswesen schloß Kuhnt unter stürmischem Beifall seine trefflichen Ausführungen.

Die Lohnforderungen der städtischen Arbeiter vor dem Schlichtungsausschuß

Berlin, 12. April.

Unter dem Vorsitz von Staatssekretär Moellendorf, Münzdirektor Dr. Pickert und Oberregierungsrat Hoffmann begannen gestern die Verhandlungen vor dem vom Reichsarbeitsminister eingesetzten besonderen Schlichtungsausschuß über die neuen Lohnforderungen der städtischen Arbeiter und über die Streitfragen aus dem Manteltarif. Das Schiedsgericht hat gleichzeitig die Regelung der Lohn- und und Manteltariffragen zu erledigen. Wie W. T. B. dazu berichtet, fordert die Arbeitnehmerschaft eine Lohnerhöhung von 6,30 Mark pro Stunde für die ungelernten Arbeiter, 5,80 Mark pro Stunde für die gelernten und 5,30 Mark pro Stunde für die Handwerker. Der Vertreter des Magistrats entwickelte das Angebot des Magistrats, das eine Stundenlohnerhöhung von 3 Mark für den über 21jährigen Arbeiter enthält. Nach kürzerer Debatte über die Lohnforderungen entwickelte Dr. Volbrecht die Abänderungsvorschläge des Magistrats zum Manteltarifvertrage. Es entspann sich hierüber eine längere Debatte. Die Parteiausführungen wurden bis auf die Erörterungen über das Mitbestimmungsrecht beendet. Die Verhandlungen werden heute und auch am morgigen Karfreitag bis zur Spruchfällung fortgeführt.

Abbruch der Verhandlungen zwischen Bergarbeitern und Zechenverband

Essen, 12. April.

Die am 10. und 11. d. M. unter Vorsitz des Reichsarbeitsministers in Essen zwischen dem Zechenverband und den Bergarbeiter-Organisationen gepflogenen Verhandlungen über einen Manteltarif wurden gestern abend abgebrochen. Da eine Verständigung über einige wesentliche Punkte nicht zu erzielen und auch bei weiteren Verhandlungen nicht zu erwarten war, haben die Bergarbeiterorganisationen den Reichsarbeitsminister gebeten, ein Schiedsgericht zur Entscheidung dieser Fragen einzusetzen.

Harte Justiz. U.T. meldet: Vom Schwurgericht zu Erfurt wurde der Eisenbahnarbeiter Kühn zu 10 Jahren und der Werkzeugschlosser Kroll zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Beide Verurteilte waren angeklagt, an dem Sprengungsversuche der Eisenbahnunterführung zwischen Steiger- und Goethestraße in Erfurt, die im März des vergangenen Jahres während der Unruhen in Mitteldeutschland stattfand, mitgewirkt zu haben. Beiden Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahren aberkannt. — Arbeiter, die wegen eines Verbrechens angeklagt sind, werden hart bestraft. Der Kappist Jagow kam mit fünf Jahren Festung davon, obwohl er durch sein Verbrechen gewaltiges Unheil angerichtet hat.

Gewerkschaftliches

Für ein soziales Arbeitsrecht

Funktionärversammlung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes.

Am 11. April fand im Gewerkschaftshaus eine Funktionärsitzung der Ortsgruppe Groß-Berlin des D. E. V. statt, die sich in ausgiebiger Form mit den arbeitsrechtlichen Gesetzesentwürfen beschäftigte. Nach einem Referat von Beeser, das die Frage des Arbeitsrechts in allen Teilen grundsätzlich und mit Entschiedenheit behandelte, wurde die zum Schluß angeführte Resolution einstimmig angenommen. Diese beweist, daß den Eisenbahnern die Wahrung der allgemeinen Arbeitsrechte eine durchaus ernste Angelegenheit ist.

Der zweite Punkt der Tagesordnung lautete: **„Stellungnahme zum Gewerkschaftskongreß".** Die von der Ortsverwaltung vorgelegten Anträge wurden bis auf einen einstimmig angenommen. Drei weitere aus der Versammlung selbst entstandene Anträge fanden ebenfalls einstimmige Annahme. Die oben angeführte Resolution lautet:

„Die Funktionärversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Ortsgruppe Berlin, protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Bestrebungen, die Arbeitszeit der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu verlängern und den gesetzlichen Achtstundentag zu beseitigen.

Ferner erhebt die Versammlung Einspruch gegen die geplante Eingliederung der Arbeitsgerichte in die ordentlichen Gerichte, die das Ende der sozialen Rechtsprechung bedeuten würde. Die Verbindung der Sondergerichtsbarkeit mit den Schlichtungsämtern muß die künftige Grundlage für unsere soziale Rechtsprechung in Arbeitsstreitigkeiten werden.

Gleichzeitig stellt die Versammlung fest, daß die dem Reichstage vorliegende Schlichtungsordnung mit ihrem § 55 einen unerhörten Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gewerkschaften bedeutet. Die vorliegende Schlichtungsordnung ist ein Arbeitgeberschutzgesetz und muß von der gesamten Arbeiter- und Angestelltenschaft mit den schärfsten Mitteln bekämpft werden.

Die Versammlung erwartet von den freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen und vom A. D. G. B., daß die ganze gewerkschaftliche Macht aufgeboten wird, um die große Gefahr, welche der nach Freiheit ringenden Arbeiterschaft durch die vorliegenden Gesetzentwürfe droht, abzuwehren und ein einheitliches, fortschrittliches mit sozialem Geist erfülltes Arbeitsrecht zu schaffen."

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter

Die am Sonnabend, den 8. April, getätigte **Wahl zum Verbandstag** zeitigte folgendes Resultat. Abgegeben wurden insgesamt 6785 Stimmen, davon waren 116 ungültig.

Für Liste I (SPD.) wurden abgegeben 1654 Stimmen; für Liste II (Gewerkschaftliche Liste) 1220 Stimmen; für Liste III (KPD.) 2051 Stimmen; für Liste IV (USPD.) 1744 Stimmen. Es entfallen demnach auf die eingereichte Liste I 7 Kandidaten, auf Liste II 5 Kandidaten, auf Liste III 9 Kandidaten, auf Liste IV 7 Kandidaten.

*

Die **Wahlen zum Gewerkschafts-Kongreß** werden über das ganze Reich getätigt und steht das Gesamtresultat zurzeit noch aus. In Berlin wurdeen insgesamt 6603 Stimmen abgegeben, davon waren ungültig 1002 Stimmen. Es erhielten an Stimmen: **Peter Kaspar** 2633, Otto Gäbel 2519, **Paul Lüdicke 2414, Paul** Rothe 2185, Aug. Imhof 1919, Matthias Mau 1736, **Lucie** Krzymin 1619, Otto Wienicke 1503, Wilh. Stephan 1476, Hemminger 1250, Pfütze 1119, Metz 1066, **Menzer 999.** Die weiteren Kandidaten erreichten nicht das erste Tausend an Stimmen und erfolgt Veröffentlichung auch dieser Stimmenzahlen im nächsten Mitteilungsblatt.

*

Die neuen Unterrichts-Verzeichnisse der **Betriebsräte-Schule** der Freigewerkschaftlichen Betriebsräte-Zentrale für den Zwischenlehrgang Mai—Juni 1922 sind auf unserem Ortsbüro, Engelufer 24, II, Zimmer 39—41, erhältlich und in den Bürostunden abzuholen. — Die Ortsverwaltung.

Vertreterversammlung der Bühnengenossenschaft. Mit schweren Auseinandersetzungen begann die diesjährige Delegiertenversammlung der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger, die am 11. d. M. durch Präsident Rickelt in den Spichernsälen eröffnet wurde. Der erste Tag war der Auseinandersetzung über den Konflikt zwischen dem Präsidium und dem Bezirksverband Nordwest-Deutschland gewidmet, der dem Präsidium zu sozialistisch und gewerkschaftlich gesinnt ist. Wiederholt kam es zu tumultiösen Szenen. Nach der „Anklagerede" Wallauers sprachen Frl. Bochardt und Dr. Czempin bis gegen 6 Uhr vormittags. Mit 148 gegen 58 Stimmen wurde dem Präsidium schließlich das Vertrauen ausgesprochen. In der gestrigen Sitzung wurde der Geschäfts- und Rechenschaftsbericht erstattet.

Eine neue Eisenbahnerorganisation. Wie eine Korrespondenz mitteilt, hat in Berlin eine außerordentliche Tagung der Reichspostgewerkschaft begonnen, in der sich ebenfalls starke Gegensätze zwischen den oberen und unteren Beamtengruppen geltend machen sollen. — Die Fachgewerkschaft VI der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten (Beamte in gehobener Stellung) hat beschlossen, den Austritt der Fachgewerkschaft VI aus der Reichsgewerkschaft sofort zu vollziehen. Der geschäftsführende Vorstand der Fachgewerkschaft soll alle Vorbereitungen zum Anschluß an die in Aussicht stehende Gründung eines neuen Eisenbahnerverbandes (der in organisatorischem Zusammenhange mit dem Deutschen Beamtenbund stehen soll) treffen. — Die unteren Beamten werden wohl den scheidenden „klassenüberbrückenden" oberen Beamten nicht allzuviel Tränen nachweinen. Die Unterbeamten gehören schon lange an die Seite der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft und auch den verbohrtesten „Beamten" wird die wirtschaftliche Entwicklung von dieser Notwendigkeit überzeugen.

Deutscher Hutarbeiter-Verband. Zur Kenntnis, daß das Büro am Donnerstag bis 7 Uhr abends geöffnet ist, am Sonnabend bis 1 Uhr.

Höchste Zeit

ist's, daß Sie sich jetzt Ihre **Oster-Kleidung** bei uns besorgen.

Auch schon deshalb, weil so niedrige Preise – wie nebenstehende – sehr bald weit höheren Platz gemacht haben werden.

C&A

Königstr. 33
Am Bahnhof Alexanderplatz
Chausseestr. 113
Beim Stettiner Bahnhof

Hocheleganter **Frühjahrs-Mantel** aus einem herrlichen, velourartigem Stoff, sehr vornehm verarbeitet und schmucke Steppereiverzierung **995.–**

Moderner **Covertcoat** außerordentlich flotter Raglanschnitt und interessanter Steppereiverzierung **595.–**

Entzückender **Tuchmantel** in verschiedenen feinen Farben mit besonders beachtenswertem tiefen Aermelschnitt und reizvoller Seitenpartie **875.–**

Wegen des erfahrungsgemäß starken Andranges auf unsere Inseratangebote können schriftliche Bestellungen auf dieselben nicht berücksichtigt werden!

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne 7½ Uhr: **Die Ratten**

Neues Volkstheater Köpenicker Straße 68 7½ Uhr: **Schuster Aiolos**

Staats-Theater Opernhaus 8½ Uhr: **Parsifal** Schauspielhaus 7½ Uhr: **Armand Carrel**

Deutsches Theater 7½ Uhr. **Cyrano von Bergerac** Kammerspiele 7½ Uhr: **Der Meister**

Großes Schauspielhaus 8 Uhr: **Dantons Tod**

Theater am Nollendorfplatz 7½ Uhr **Die Ehe im Kreise**

ROTTER-BÜHNEN Täglich 7½ Uhr: **Trianon-Theater** DER VULKAN **Kleines Theater** Das kleine Schokoladenmädchen **Residenz-Theater** Eine Frau ohne Bedeutung

Theater i. d. **Königgrätzer Str.:** 7.30 Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeist. Kreisler

Komödienhaus: Tgl. 7.30 **„Gretchen"** *Erika Glässner R. A. Roberts*

Berliner Theater 7½ U. **Einer von unsere Leut'** *Clewing, Sabo Haskel, Kleiser* Sonnabend: Première: 7 Uhr: Madame Pilart

7½ **Casino-Theater** 7½ Nur noch bis 13. April **Familie Gänsekleln**

Theater des Ostens (Rose-Theater) 7½ Uhr: **Beirat auf Probe**

Wallner-Theater 7½ Uhr. **D. beiden Nachtigallen**

Walhalla-Theater 7½ Uhr **Don Cesar**

Luisen-Theater
Karfreitag, den 14. April 1922
Einmalige Aufführung
Maria Magdalena
in erster Besetzung
Preise der Plätze 8 bis 25 M.
Beginn 7½ Uhr
Vorverkauf an der Abendkasse und am Freitag von 11 bis 1 Uhr.

GROSSES SCHAUSPIELHAUS

Abonnement 1922/23

6 verschiedene Vorstellungen

Abonnementspreise: für 6 Vorstellungen		*das ist für eine Vorstell.*	*Preise der Tageskasse*
Parkettloge	**ausverkauft**	.....	... Mk. 125.–
Parkettring	**ausverkauft**	.....	... „ 94.–
Ringloge	Mk. **225.–**	Mk. 37.50	... „ 125.–
Balkon	**ausverkauft**	.....	... „ 75.–
1. Ring	Mk. **100.80**	Mk. 16.80	... „ 54.–
2. Ring	„ **64.80**	„ 10.80	... „ 36.–
3. Ring	**ausverkauft**	.....	... „ 18.–

Schluss des Abonnements definitiv 30. April

Apollotheater Friedrichstr. 218 8 Uhr: **„Venus auf Erden"** Vorher: Große Varieté-Attraktionen.

Metropol-Varieté Behrenstraße 54 **„Der tote Punkt"** Terzette, Duette von Pilanzer & Ziegler **Else Müller** Danger, Riedel, Pauly **5 Jumetros** Siler, Alvari, Lihal **Reeves-Reeves** 2 Borelli's, Pilliney, Jupein-Barts **Lotte Werkmeister**

CIRCUS BUSCH Tägl. 7½, Sonnt. nach. 3 U. **Heute Auftrag d. Welte!** Mexikaner Szeny zahlt seinem Gegner 5000.- M. wenn ihm die Befreiung aus der Rückenfesselung nicht gelingt. Außerd. Die Holsteiner, Perserhengste etc. Manegeschaustück **Störtebeker,** der Seeräuber Charfreitag geöffnet

Rauchtabak Pfund 18 Mark Holländer . . . 20 M. Schwarz. Krauseu 22 M. Portorico . . . 24 M. Gold Shag . . . 27 M. **Rand** Gr. Hamburger Straße 1.

Mandolinen, Gitarren, Laute etc. Teilzahlung. Schmidt, Bln., Petersburger Str. 24, I.

Altmetalle zahlt hohe Preise, ebenso gez. Str. 1, Reinick Dorfstr. 107.

Thest. a. Kottb. Tor Tel. Moritz 10077 Tägl. 7½ Uhr u. Sog. nachm. 3 U. **Elite-Sänger** 10 Herren! Mit: Komiker Nm. halb. Preise Vorh. 11-1½, u. 4-6

Metzner Kinderwagen-Welthaus
Andreasstr. 23 am Platz
Brunnenstr. 95
Beusselstr. 67
Leipzigerstr. 54
Neukölln, Bergstr. 133
Spandau, Charlottenstr. 24

Die **Wahrheit** über die **Berliner Straßenkämpfe** während der Revolution. **Preis 4.- M.** Buchhandlung **„Freiheit"** C 2, Breite Str. 8-9

Phorosanos (Deutsch. Reichs-Patent) zur schnellen schmerzlosen Behandl. ohne Berufsstörung aller **Harnröhrenleiden** besonders **hartnäckige Ausflüsse.** Sofort. elektr. Durchleuchtung und mikroskopische Untersuchungen. Besondere Abt. f. **Haut- u. Syphiliskranke** sow. **Männerschwäche u. Frauenleiden.** Glänzende **Heilerfolge** u. Dankschreiben. **Aerztl. Leitung. Untersuch. u. Beratung kostenl. Kein Kranker braucht seinen Namen anzugeb. Teilzahlung.** **Phorosanos-Heilanstalten,** Potsdamer Straße 100, nahe Steglitzer Str., Brunnenstr. 1-1, n. Rosenthalerpl. Sprechz. 9-12 u. 3-7, Sonnt. 10-12. **Getrennte Warteräume f. Dam. u. Herr.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kolleginn, die Arbeiterin

Anna Putzke
Schröderstr. 15

am 25. d. Mts. gestorben ist.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Former

Erich Zakrzewitz
Grünthaler Str. 45

am 3. d. Mts. gestorben ist.

Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 15. April 1922 mittags 12 Uhr, von der Leichenhalle des Krematoriums Baumschulenweg, Kiefholzstraße aus statt.

El.-Monteur

Karl Bartsch
Swinemünder Str. 96

am 10. d. Mts. gestorben ist.

Die Einäscherung findet am Montag, dem 17. 4. 22, mittags 12 Uhr, von der Leichenhalle des Krematoriums Berlin, Gerichtstraße aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung

Wanderkarten für alle Gegenden erhält man in der **Buchhandl. „Freiheit", Breite Str. 8-9**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54
Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.

Achtung! Achtung!

Schlichtungsausschuß-Beisitzer!

Am Donnerstag, den 13. April 1922, nachmittags 6 Uhr, findet eine Sitzung sämtlicher Schlichtungsausschuß-Beisitzer, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Linienstr. 83/85, statt.

Es ist Pflicht eines jeden, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Beisitzer, welche zu dieser Sitzung nicht erscheinen, werden gestrichen.

Achtung! Achtung!

Der Osterfeiertage wegen sind unsere Bureaus am Sonnabend, den **15. April bis 1 Uhr geöffnet.**
Am Freitag, d. 14. April (Charfreitag), am Montag, den 17. April, am Dienstag, den 18. April, bleiben die Bureaus geschlossen.

Die Ortsverwaltung.

Verein der Berl. Buchdrucker u. Schriftgießer

Achtung Druckereikassierer!

Wie bereits in den Versammlungen mitgeteilt, wird nach Beschluß des Verbandsvorstandes von allen vollarbeitenden Kollegen mit dem dritten Wochenbeitrag ein Extrabeitrag von 5 M. für die ausgesperrte dänische Arbeiterschaft erhoben. Die Leistung hat am Zahltag dieser Woche zu erfolgen.

Der Gauvorstand.

Gold-, Silber-, Platin- Ringe, Ketten, Löffel, **Bruch** Zahngebisse usw. **Brillanten** kaufen stets zu den allerhöchsten Preisen **Gebr. Fuhrmann, Nollendorfstr. 39**

Erstklassige Herren-Anzüge fertig am Lager:
1575 Mk. 1875 Mk. 1995 Mk. 2150 Mk. 2295 Mk.
SCHULMEISTER
Berlin SO 26 :-: Kottbuser Tor

Verschleuderung von städtischen Geldern

Deutsche Straßenschilder.

Die Stadt Berlin befindet sich in der allergrößten wirtschaftlichen Not. Sie ist nur unter dauernder Erhöhung der Tarife in der Lage, die Werke zu balancieren. Sie ist außerstande, die hygienischen und kulturellen Bedürfnisse der Viermillionenstadt zu befriedigen. Sie kann weder siedeln noch bauen, weder den Arbeitslosen helfen noch die dringendsten Aufgaben der neuen großen Stadtgemeinde lösen. Sie besitzt keinen Pfennig Geld, den sie nicht mit großer Mühe und Not der unterernährten Bevölkerung aus der Tasche zieht. Sie ist — mit einem Wort — infolge der furchtbaren wirtschaftlichen Kalamitäten außerstande, auch nur den winzigsten Teil produktiver Erneuerung und sozialen Aufbaues zu leisten. Und in dieser Zeit der Not liest man zu seinem nicht geringen Erstaunen, daß einige Leute in der Stadtverwaltung, die scheinbar vollkommen unbeschäftigt sind, den Plan haben, und zum Teil auch ausführen, die Schilder der Straßenbahnwagen und der Straßennamen neu zu bemalen, nämlich statt mit lateinischen mit deutschen Buchstaben!!

Man faßt sich an den Kopf. Ueberall fehlt es an Geld, und plötzlich sollen Millionen Mark nach und nach verbraucht werden, um eine Veränderung herbeizuführen, die nicht nur überflüssig ist, sondern ein vollständiger Irrsinn und außerdem ein geradezu empörender Rückschritt. Als die Arbeiter forderten, daß alle die byzantinischen Straßennamen durch republikanische ersetzt werden, versuchte sich die Stadt und bürgerliche Öffentlichkeit vor dieser wahrhaft notwendigen Taufe zu schützen, indem man immer wieder schrieb und sagte, daß wir jetzt kein Geld für solche „Aeußerlichkeiten“ hätten. Von Aeußerlichkeit ist hier selbstverständlich nicht die Rede. Denn es handelt sich um politische Imponderabilien, die in der Tat in einer verkappt monarchistischen Republik von sehr großer Bedeutung sind. Dafür war aber kein Geld vorhanden. Aber jetzt die Schilder neu bemalen lassen, — dafür soll auch nur ein Pfennig ausgegeben werden?

Die Frage, welche Schrift besser und praktischer ist, spielt natürlich hier keine Rolle, aber wenn man sich schon in eine Diskussion darüber einlassen sollte, so wird sie selbstverständlich ganz zugunsten der lateinischen Schrift ausfallen. Erstens ist die lateinische Schrift besser lesbar, zweitens ist sie allen In- und Ausländern ohne jeden Unterschied gleich verständlich, drittens ist sie schöner, viertens ist sie besser fürs Auge, fünftens steht sie nun einmal da und hat da zu bleiben. Die sogenannte deutsche Schrift, die tatsächlich gar keine deutsche Schrift ist (englische und französische Zeitungen führen sie im Titelkopf), wird von der deutschnationalistischen Bewegung, die ihre Hauptstütze in der Bürokratie hat, herangezogen. Unter der Monarchie verwendete die Post z. B. lateinische Buchstaben. Jetzt, wo man das „Vaterland“ mit deutschen Schriftzeichen zu retten sucht, taucht diese Schrift plötzlich auf Briefmarken, Postwagen, Straßenbahnwagen und Straßenschildern auf. Man muß schon gehörig blind sein, um da nicht System zu erkennen. Neugierig sind wir, mit welchen Phrasen man die Stadtverordneten wird einzuseifen versuchen. Wahrscheinlich, daß die Arbeiter die deutsche Schrift besser lesen können. Als ob die Arbeiter bisher die Straßennamen und die Namen sämtlicher Geschäftsschilder nicht hätten lesen können! Duldet das Stadtparlament, daß dieser provokatorische Unfug zunächst einmal durch angebliches Ausprobieren sich einlebt, so wird es schwer sein, den betreffenden städtischen Beamten von dieser Zeittotschlägerei abzubringen. Dann wird es heißen, daß man einmal mit der Umbemalung angefangen hat und man sie daher auch durchführen muß. Das heißt, es werden jahrelang in Berlin Straßenschilder umgemalt werden — wir haben es ja dazu!

Nach unserer Ansicht wird das Stadtparlament und besonders unsere Fraktion energisch eingreifen. Das es geschehen wird, steht außer Zweifel. Ein Antrag, der der Stadt verbietet, diesen Unfug fortzusetzen und auch nur einen einzigen Papierpfennig für diese nationalistische Spielerei auszugeben, wird genügen. Sämtliche Arbeitervertreter werden diese Art, eine ganze Stadt zum besten zu haben, entsprechend kennzeichnen. Aber dann wird man auch noch fragen müssen, ob die Posten der Beamten, die solche Sorgen haben, nicht eine überflüssige Belastung des Etats darstellen.

Der neue Straßenbahntarif

Das Nachrichtenamt des Magistrats teilt mit: Der neue Straßenbahntarif, der Drei-Mark-Einheitstarif für die Straßenbahn, ist nunmehr von der Stadtverordnetenversammlung angenommen und gelangt vom 13. April ab zur Einführung; bezgl. der Monats- und Schülermonatskarten vom Monat Mai dieses Jahres ab. — Die bereits bekanntgegebenen Tarifsätze werden nochmals kurz wiederholt: Einzelfahrscheine 3 Mk., Umsteigefahrscheine, auch im Wechselverkehr mit der Hochbahn 5 Mk., im Binnenverkehr der Vorortbahn (vormalige Spandauer, Cöpenicker, Heiligenseer Straßenbahn, Teltower Kreisbahn einschl. Grunewaldbahn) 3 Mk., Sammelkarten für acht Fahrten im Binnenverkehr dieser Vorortbahnen 22 Mk.; Monatskarten im Hauptnetz für eine Linie 250 Mk., für zwei Linien 330 Mk., für drei Linien 420 Mk., für alle Linien 66 Mk. Im Binnenverkehr der Vorortbahnen für eine Linie 150 M., für alle Linien einer der Vorortbahnen 190 Mk., Schülermonatskarten 55 Mk., Arbeiterwochenkarten ab 17. April: Hauptnetz für 6 Wochenfahrten 15 Mk., für 12 Fahrten 30 Mk., für 48 Fahrten (vier Wochenkarten) 120 Mk., für Hunde und gebührenpflichtiges Gepäck wird Fahrgeld wie für eine Person erhoben.

Weil es keine Arbeiter waren —

Vor der 11. Strafkammer des Landgerichts I wurde wegen Verbrechen gegen das Entwaffnungsgesetz gegen den Rittmeister a. D. von Holly und den bekannten Margarinefabrikanten Peter Mohr aus Altona verhandelt. Die beiden Angeklagten wurden beschuldigt, nach Inkrafttreten des Entwaffnungsgesetzes widerrechtlich nicht weniger als 74 500 Gewehre, die seinerzeit während des italienischen Feldzuges von einem bayerischen Armeekorps erbeutet worden und die sich bei der bayerischen Verwertungsstelle für Heeresgut befanden, zum Kauf angeboten zu haben. In jener Zeit, wo die Heeresbestände veräußert werden mußten und in Schieberkreisen ein wahres Jagdrennen nach diesen Schätzen ausgebrochen war, aus denen man sich phantastische Gewinne versprach und diese auch größtenteils erzielte, traten die Angeklagten mit dem Kaufmann Brüning in Verbindung, der für diese Verwertungsstelle tätig war. Angeblich hat der Kaufmann Mohr in gutem Glauben gehandelt, da, wie versichert wurde, die Gewehre handels- und verkehrsfreie Ware darstellen sollten (?). Diese wurden dem Angeklagten Mohr zum Preise von 160 M. pro Stück angeboten. Man erwartete, daß man sie zu etwa 360 M. pro Stück werde verkaufen können, so daß ein Gewinn von vielen Millionen bei dem Geschäft herausgekommen wäre.

Die Verhandlung ergab ein Bild von dem damals üblichen Kettenhandel. Einige Interessenten sollen schlauerweise zwei Eisen im Feuer gehabt haben: falls es sich um eine reelle Sache handelte, wollten sie Provision von dem Verkäufer erlangen, andernfalls aber durch eine Anzeige eine Provision vom Reichsschatzamt. Der Angeklagte von Holly soll das Opfer eines solchen Spitzels geworden sein. Von Holly wurde verhaftet, als er den Verkauf perfekt machen wollte. Die Verhandlung endete mit einer Freisprechung beider Angeklagten, weil diese angeblich in gutem Glauben gehandelt hätten. Nach ihrer Auffassung sei alles in Ordnung gewesen, zumal der Dezernent bei der bayerischen Verwertungsstelle Adler vorher mit Holly Rücksprache über den Verkauf der Gewehre gehabt habe. Adler habe in Berlin mit dem General Nollet wegen des Verkaufs verhandelt, und es habe auch Aussicht auf Genehmigung des Verkaufs an Paraguay bestanden.

Dieser Freispruch ist in mehr als einer Beziehung bemerkenswert. Wir erinnern an die überaus harten Urteile, die gegen Arbeiter gefällt wurden, die gegen das Entwaffnungsgesetz verstoßen haben sollen. Außerdem scheint uns ein solcher Freispruch die gewerbsmäßigen Schieber gerade zu anzureizen, ihr unsauberes Gewerbe zu ihrem Vorteil und zum Schaden des deutschen Volkes in Zukunft ruhig weiter zu betreiben. Sie brauchen nur den Nachweis zu erbringen, daß sie im „guten Glauben“ handelten. Und das dürfte ja keinem von dieser ehrenhaften Zunft schwer fallen.

Proletarische Feierstunden

Der Erfolg der letzten Feierstunde und der allseitig geäußerte Wunsch nach Wiederholung hat uns dazu ermuntert, am Sonntag, den 30. April, noch eine Feierstunde zu veranstalten. Diese wird dann die letzte in diesem Frühjahr sein.

Der Feierstunde am 30. April wird in allen Darbietungen der Gedanke des Maifestes zugrunde gelegt. Es werden wieder mitwirken: das Blüthner-Orchester, Männerchöre, der Sprech-Chor für die Proletarische Feierstunden und Einzelsprecher.

Trotz der selbstlosen Opferwilligkeit der Chöre und anderer Mithelfer bei unseren Veranstaltungen sind die Unkosten — so besonders durch die neuerdings erhöhte Kartensteuer — so gestiegen, daß wir den Eintrittspreis auf 7,50 M. erhöhen mußten. Aber angesichts des Kulturwertes unserer Feierstunden wird die Preiserhöhung sicher niemanden vom Besuch unserer Veranstaltungen zurückhalten.

Eintrittskarten sind vom Dienstag an im Büro der Arbeiterbildungsschule, der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8/9, in den bekannten Verkaufsstellen und bei den Funktionären zu haben. Die Funktionäre können die Karten am Sonnabend vom Büro der Schule abholen.

*

Sprech-Chor für die Proletarischen Feierstunden, heute abend 7½ Uhr, in der Aula des Sophien-Realgymnasiums, Steinstraße, Uebungsstunde. Text zur „Erlösung“ mitbringen.

Das Märkische Museum ist von Karfreitag bis Sonntag geschlossen, am zweiten Feiertag jedoch von 10—3 Uhr geöffnet.

Die Bluttat in Lichterfelde. Die Schwester Wanda des flüchtigen Muttermörders Roman Millner ist gestern im Laufe des Tages im Krankenhause wieder zu sich gekommen. Sie erholte sich dann auch so weit, daß sie bereits vernommen werden konnte. Nach ihren Bekundungen kam ihr Bruder mittags um 12 Uhr nach Hause und verlangte wie früher schon oft von ihr und auch von der Mutter wieder Geld. Beide erklärten ihm, sie hätten nichts übrig und ermahnten ihn, doch zu arbeiten und sich selbst seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Darüber geriet er sogleich in Wut. Er ergriff sofort ein Beil, das in einem Nebenraum lag und schlug zugleich auf Mutter und Schwester blindlings mit der Schneide ein. Während die Mutter bald neben der Nähmaschine besinnungslos zusammenbrach, behielt die Schwester noch so viel Kraft, daß sie ein Fenster aufreißen konnte, in der Absicht, um Hilfe zu rufen. Um das zu verhindern, wollte sich ihr Bruder von neuem mit dem Beil auf sie stürzen. In der Todesangst sprang sie jetzt aus dem dritten Stock auf die Straße hinab. Nur durch diesen gefährlichen Sprung rettete sie sich das Leben, wenn sie sich auch mehrere schwere Knochenbrüche zuzog. Denn nach der günstigen Wendung, die jetzt eingetreten ist, hoffen die Aerzte bestimmt, sie durchbringen zu können. Wie die Schwester sagt, hat Roman Millner früher einmal geäußert, daß er aufs Land gehen wolle, um dort Arbeit anzunehmen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er diesen Plan jetzt ausführt, um sich unter falschem Namen der Verfolgung zu entziehen. Deshalb hat die Kriminalpolizei, die hier noch keine Spur von ihm gefunden hat, sofort auch nach dieser Richtung ihre Maßnahmen getroffen. Auf die Ergreifung des Flüchtigen ist eine Belohnung von 3000 M. ausgesetzt.

Von einem eisernen Faß erschlagen. Als gestern nachmittag ein mit eisernen Benzin- und Oelfässern beladener Wagen der Firma Friedrich Krüger an dem Hause Zorndorfer Straße 58 vorbeifuhr, fing sich der in dem genannten Hause wohnende 12jährige Sohn des Oberpostschaffners Heinrich Stoltze an die hintere bewegliche Schutzklappe des

---

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Einzig autorisierte Uebersetzung von August Scholz.
Amerikanisches Copyright 1913 by Ullstein & Co., Berlin

(47. Fortsetzung.)

„Vor nichts soll man sich fürchten,“ sagte ich trotzig, obschon ich mich selbst vor gar vielem fürchtete.

Der Soldat lachte und meinte hüstelnd:

„Bist 'n komischer Junge! Wie soll man sich denn nicht fürchten?... Vor den Herrn zum Beispiel und vor Gott, und so?“

Bekam er einen Brief von der Schwester, so bat er mich hastig:

„Lies, bitte, schnell!“

Und ich mußte ihm den mühsam hingekritzelten, bedauerlich kurzen, nichtssagenden Brief drei- und viermal vorlesen.

Er war ein gutmütiger, weichherziger Junge, gegen die Frauen jedoch betrug er sich zynisch und grob wie alle andern. Ich konnte, ob ich wollte oder nicht, seine sich oft mit verblüffender Schnelligkeit vor meinen Augen abspielenden Liebschaften während ihres ganzen Verlaufs beobachten. Ich hörte, wie er durch Klagen über sein hartes Soldatenlos das Mitgefühl der Frauen zu erwecken wußte, wie er durch wohlklingende Lügen sie berauschte, und wie er dann Jermochin von seinen Erfolgen erzählte, wobei er mit dem Ausdruck des Widerwillens ausspuckte, als hätte er eine bittere Medizin eingenommen. Sein Verhalten empörte mich und ich fragte ihn unwillig, weshalb sie alle die Weiber betrögen, sich über sie lustig machten, sie von Hand zu Hand gehen ließen und oft sogar prügelten.

Er lächelte still in sich hinein und meinte:

„Kümm're dich nicht um diese Dinge, das ist alles sündhaft und häßlich. Du bist noch zu klein, brauchst das noch nicht zu wissen...“

Eines Tages jedoch gab er mir ausführlichen Bescheid, und ich behielt es wohl im Gedächtnis, was er mir da sagte:

„Meinst wohl, sie wisse nicht, daß ich sie betrüge?“ sagte er blinzelnd und hustend. „Sie wa—eiß es! Sie will es selbst, daß man sie betrügt. Alle lügen in dieser Sache, und alle schämen sich ihrer. Keins hat das andere lieb, 's ist einfach Mutwillen. Beschämend ist es — na, du wirst es ja selbst kennenlernen. Darum geschieht's auch in der Nacht, und ist's Tag, so geht es im Dunkeln vor sich, in der Rumpelkammer. Ja! Das ist's, weshalb Gott den Menschen aus dem Paradiese vertrieben hat und um dessentwillen alle unglücklich sind...“

Er sprach so klar, so voll Trauer und Reue, daß ich mit seinen Romanen ein wenig versöhnt ward. Ich stand mit ihm auf freundlicherem Fuße als mit Jermochin, den ich nicht leiden konnte und auf jede Weise zu necken suchte. Es gelang mir denn auch zumeist, ihn zu reizen, er lief mir wütend nach, und nur seiner Ungeschicklichkeit verdankte ich es, daß er mich nicht einholte und bei den Ohren nahm.

„Verbotene Dinge“ hatte Ssidorow einmal diese Liebesangelegenheiten genannt. Ich wußte, daß sie „verboten“ waren, daß die Menschen jedoch unbedingt durch sie unglücklich werden müßten, wollte mir nicht in den Kopf. Ich hatte öfters den Ausdruck der Güte in den Augen von Liebesleuten beobachtet und für den Feiertag des Herzens, den sie begingen, stets ein freudiges Mitempfinden gehabt. Im ganzen jedoch war es wenig genug, was da an Glück und Güte ins Leben eingebracht ward. Alles in allem genommen, erschien mir das Leben täglich härter und qualvoller, und ich zweifelte nicht an der ein für allemal feststehenden Unabänderlichkeit der Formen, in denen es sich abspielte. Die Möglichkeit einer Umwandlung des Bestehenden, eine Besserung dessen, was da war, kam mir nicht in den Sinn.

Eines Tages erzählten die Soldaten mir eine nach ihrer Meinung sehr lustige Geschichte von einem Ehepaar, das in unserem Hause lebte. Der Mann war Zuschneider in dem ersten Garderobengeschäft der Stadt, ein stiller, bescheidener Mensch von nichtrussischer Herkunft; sein kleines Frauchen war kinderlos und las Tag und Nacht Bücher. In dem geräuschvollen Hause lebten die beiden ganz still für sich, empfingen keine Gäste und besuchten nur Sonntags das Theater. Der Mann war den ganzen Tag im Geschäft tätig, und die Frau, die wie ein halbwüchsiges junges Mädchen aussah, ging zweimal in der Woche nach der Bibliothek, um Bücher umzutauschen. Ich sah sie öfters mit kleinen Schritten über den Damm gehen, das Bücherpaket im Tragriemen wie eine Gymnasiastin, einfach, nett und sauber, mit Handschuhen an den kleinen Händen. Ihr Gesicht mit den lebhaft blitzenden Augen hatte etwas Vogelartiges, und ihre ganze Erscheinung erinnerte an ein Porzellanfigürchen auf dem Spiegeltisch. Ihr Gang war ein wenig schwankend — die Soldaten sagten, daß ihr auf der rechten Seite eine Rippe fehle. Wie dem auch sein mochte, jedenfalls gefiel sie mir weit besser als die im Hause wohnenden Offiziersfrauen, die trotz ihres bunten Putzes etwas Verschlissenes, Abgenutztes hatten, als hätten sie lange irgendwo in einer dunklen Rumpelkammer unter unnützem Gerümpel gelegen.

Es hieß im Hause, die kleine Zuschneidersfrau habe sich um ihren halben Verstand gelesen, sie sei nicht mehr imstande, Schweinefleisch von Kalbfleisch zu unterscheiden, und ihr Mann müsse selbst alle Einkäufe besorgen und der einäugigen, mürrischen Köchin, die bei ihnen im Dienst stand, die nötigen Anweisungen für den Mittags- und Abendtisch geben. Nein, diese Leutchen paßten nicht in unser Haus — sie kamen mir vor wie ein Waldmeisenpaar, das sich auf der Flucht vor dem Winterfrost in einen muffigen, unsauberen Hühnerstall verflogen hatte.

Da erzählten mir nun die Soldaten, die Herren Offiziere hätten sich mit der Zuschneidersfrau einen bösen Spaß erlaubt. Sie ließen ihr fast täglich, bald der eine, bald der andere, kleine Liebesbriefchen zukommen, in denen sie ihre Schönheit priesen und die Herzensqual schilderten, die sie ihnen bereite. Sie bitte sie in ihren Antworten, ihre Ruhe nicht zu stören, bedaure, ihnen ein Weh zugefügt zu haben, und versichere, daß sie zu Gott bete, er möge sie von ihrer unseligen Leidenschaft erlösen. Die Offiziere lasen sich gegenseitig ihre Antworten vor, lachten über sie und berieten gemeinsam den nächsten Brief an sie.

(Fortsetzung folgt.)

Wagens an. Plötzlich gab diese etwas nach, und ein eisernes Faß stürzte vom M[illegible] und traf Alfred St. mit solcher Wucht am Hinterkopf, daß er einen Schädelbruch erlitt. Ein Augenzeuge trug den Knaben zu einem in der Nähe wohnenden Arzte, der aber nur noch den Tod festzustellen vermochte.

Eine dunkle Geschichte. Gestern früh gegen 6 Uhr wurde die 22jährige Emma M. aus der Naunynstraße am Seddinsee in der Nähe des Bootshauses mit durchschnittenen Pulsadern und gefesselten Füssen aufgefunden. Das junge Mädchen, das stark angetrunken war, gab an, daß es sich selbst gefesselt und die Verletzungen beigebracht habe. Nach Anlegung von Notverbänden, wurde die Unglückliche nach der elterlichen Wohnung gebracht. Ob ihre Angaben auf Wahrheit beruhen, werden erst die weiteren Ermittelungen ergeben.

Aus der Chronik der Lebensmüden. Gestern Nacht wurde der 71 Jahre alte Arbeiter August Sch. in seiner Wohnung in der Seestraße, am Bettpfosten erhängt, tot aufgefunden.

Parteiveranstaltungen

Donnerstag, den 13. April.

10. Distrikt (Gesundbrunnen). Die Genossinnen treffen sich heute abend 8 Uhr bei Gliesche, „Freiheit", Expedition, Pankstraße.

Freitag, den 14. April.

2. Verwaltungsbezirk, 4. Distrikt, Westen. Partie nach dem Chorinsee. Treffpunkt 8.45 Uhr vormittags am Stettiner Bahnhof — Vorortbahnhof — Abfahrt 9 Uhr.

Steglitz. Eine Proletarische Feierstunde, veranstaltet vom Elternbund für weltliche Schule, findet abends 7 Uhr in der Aula des Gymnasiums an der Hesselstraße unter folgender Mitwirkung statt: Männergesangverein „Steglitz-Friedenau", Musik-Quartett J. Bach, Rezitator Ernst Friedrich, Proletarischer Sprechchor (E. F.), Frau Dr. Kritsche als Festrednerin.

Sektion Post und Telegraphie. 10.30 Uhr vormittags Funktionär-Versammlung bei Powelcit, Jostitr. 7.

Vereinskalender

Donnerstag, den 13. April.

Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden. Karfreitag nachmittag proletarische Karfreitags-Feierstunde mit einem Vortrag des Genossen Pfarrer Wieler „Erlösung" in der Schulaula Hohenmühlstr. Friedenau (Nahe Kaiser-Aller). Musikalischer Teil Beginn pünktlich 4 Uhr.

Freitag, den 14. April.

Verein der Freidenker, Reinickendorf-Ost. Oeffentliche Versammlung im Restaurant „Zur letzten Minute", Provinzstr. 81. Thema: Erd- oder Feuerbestattung.

Verband sozialistischer Ärzte. Vormittags 10 Uhr 1. Verbands-Hauptversammlung in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8/9, Hof links.

Arbeitersport

Arbeiter-Sportkartell, 18. Bezirk. Am Donnerstag, den 13. d. Mts., abends 8.30 Uhr, in der Aula des Real-Gymnasiums, Waelschpromenade, Kartell-Vollversammlung. Der äußerst wichtigen Tagesordnung wegen ist unbedingtes Erscheinen aller Mitglieder durchaus erforderlich.

Geschäftliche Mitteilungen

Wie die Meierei C. Bolle mitteilt, befindet sie sich seit dem 1. April 1922 nicht mehr in städtischer Verwaltung, sondern in Privathand und wird von der Aktien-Gesellschaft wieder in altgewohnter Weise betrieben. Im übrigen verweisen wir auf das heutige Inserat dieser Firma.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komerinek, Berlin. — Verlags-Genossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gebring & Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75.

Billige Preise für hochwertige Frühjahrskleidung

Schlüpfer und Raglans aus Homespun, Fischgrät und Diagonalstoffen ..... Mk. 2000, 1800, 1600 — **1400⁰⁰**

Schlüpfer und Raglans a. prima Stoffen in bester Verarbeitung ..... Mk 3000, 2600, 2400 — **2220⁰⁰**

Paletots aus marengo Cheviot Mk. 3000, 2600 2400, 1900 ..... **1650⁰⁰**

Sport-Paletots aus sehr gutem Covercoat, ganz mit Satineils gefüttert, ... Mk 3000, 2600, 2400 — **1900⁰⁰**

Paletots Biedermeierform, aus farbigen Stoffen — **2200⁰⁰**

Rockpaletots aus erstklassigem Covercoat, mit und ohne Samtkragen von — **3500⁰⁰ an**

Jackett-Anzüge aus guten farbigen Stoffen in vielen Mustern ..... Mk. 2000, 1800, 1650 — **1400⁰⁰**

Jackett-Anzüge in den neuest. Must. u. Farbenstellungen Mk. 2700, 2400 — **2200⁰⁰**

Jackett-Anzüge aus erstklassigen Stoffen und in prima Verarbeitung, Ersatz für Maß ..... Mk. 3500, 3300 — **3000⁰⁰**

Sport-Anzüge mit Breecheshose aus gutem Manchester, ohne und mit Futter ..... Mk. 1500 — **1350⁰⁰**

Sport-Anzüge mit Breecheshose, aus Lodenstoffen, Homespun und karierten Stoffen ..... Mk. 1800, 1500 — **1350⁰⁰**

Bozener Mäntel für Herren, aus prima Strichloden ..... von — **750⁰⁰ an**

Bozener Mäntel für Damen, aus Strichloden ..... von — **550⁰⁰ an**

Hosen gestreift, außergewöhnlich billig ..... Mk. 275, 250, 225 — **180⁰⁰**

Hosen aus gestreiftem Satin und Kammgarn ..... Mk. 375, 325 — **300⁰⁰**

Hosen aus prima Stoffen, für Cutaways ..... Mk. 750, 650, 600, 550 — **475⁰⁰**

Sporthosen Breechesform, aus gut. Manchester ..... Mk. 675 — **350⁰⁰**

Militär-Hosen schwarzer haltbarer Stoff .... — **225⁰⁰**

Ruder-Jacketts aus gutem blauen Cheviot ..... Mk 1000 — **850⁰⁰**

Knaben-Anzüge aus gutem farbigem Wollstoff, in all Fassons u. Preislagen von — **270⁰⁰ an**

Knaben-Anzüge aus blauem Cheviot u. Kammgarn in nur guten Qualität. von — **750⁰⁰ an**

Burschen-Anzüge aus farbig. Wollstoffen von — **550⁰⁰ an**

Burschen-Anzüge in Jackett- und Sportform, aus nur gut. Qualitäten von — **800⁰⁰ an**

Jünglings-Anzüge jeder Art und Qualität, aus guten farbigen Stoffen von — **900⁰⁰ an**

Jünglings-Anzüge aus blauem Cheviot von ... — **850⁰⁰ an**

Knaben-Pyjacks aus gutem blauen Cheviot u. Tuchstoff von ..... — **670⁰⁰ an**

Knaben- u. Burschen-Pelerinen aus Strichloden von ..... — **200⁰⁰ an**

Strohhüte, Sporthemden, Rucksäcke, Oberhemden, Krawatten
in großer Auswahl, sehr preiswert!

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikotagen und anderen Sachen

BAER SOHN

Der Versand nach ausserhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

Bekanntmachung.

Gaspreis.

Die Gemeindebehörden haben den Gaspreis für das Versorgungsgebiet sämtlicher Gemeindegaswerke, also der ehemaligen Berliner, Charlottenburger, Neuköllner, Lichtenberger, Spandauer, Cöpenicker, Tegeler, Wilmersdorfer, Friedrichshagener, Hermsdorfer und Heiligensee Gaswerke mit Wirkung von der im Anschluß an diese Bekanntmachung erfolgenden Standaufnahme ab einheitlich auf

3,50 Mark

für das Kubikmeter festgesetzt.

Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom [illegible] April 1922.

Berlin, den 12. April 1922.

Magistrat.
gez. Karding.

J.-Nr. 4514 Erl. 1/22.

Pfandscheine
Brillanten, Gold-, Silber (Bruch), Platin, Zahngebisse,
Zahn 20 — bis 350.— Mark.
Prismen Feldstecher.
Ankauf zum Auslandskurs von aus. Gold- u. Silbermünzen
Kurt Kehlert, Berlin
Lothringer Str. 24
Gold — Gold — Kunstseide — Alpaca

Verkäuferinnen
für
Glas und Porzellan
gesucht
Meldungen
v. 11-12 vorm. u. 5-7 nachm.
Kaufhaus des Westens
Berlin W 50
Tauentzienstr.

Kauft bei unseren Inserenten!

Annahme in allen Spedition des Verlages — Geschäftsst. Berlin C 2 Breite Straße 6-9

Kleine Anzeigen

Das Überschriftwort 2.50 M., jed. weitere Wort im Text 1.25 M netto Stellengesuche: Überschriftwort 2.–, jed. weit. Wort i. Text 1.50 M.

Verkäufe

Central-Leihhaus
Jägerstr. 71, Ecke Kronenstr., tägl. Verkauf von hocheleganten Straßen-, Cutaways-, Smoking- u. Frack-Anzügen sowie Schlüpfern u. Raglans zu spottbillig. Preisen, (Keine Lombardware).

Silberfüchse 400.—, Kreuzfüchse, Wölfe, Weißfüchse, Zobel, Herren-Sport-Gehpelze 50 Prozent herabgesetzt. Ferner sämtliche Herren- und Damenbekleidung, Teppiche, Gardinen, Wäsche, verkauft Leihhaus Moritzplatz 58a (Keine Lombardware.)

Auf Teilzahlung.
Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, mod. Maßarbeit, bequeme diskrete Ratenzahlung, reichhaltiges Lager, stets Eingang von Neuheiten, Leiser Gottlieb, Rollendorfstraße 22a, 2. Etage, Nähe Rollendorfplatz. Geöffnet 9—7.

3000 Anzüge
Schlüpfer, Paletots, Gummimäntel, Hosen, Damenmäntel usw. gelangen täglich billig zum Verkauf. Daher finden Sie das Richtige und lohnt sich der Weg. Fahrgeldvergütung. Leihhaus Bozener Straße 47.

Nirgends besser
kaufen Sie erstklassige Herrenmoden, wie Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw. in unübertrefflicher Auswahl und Schönheit zu konkurrenzlos billigen Preisen. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßverarbeitung. Fahrgeld-Vergütung. — Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstr. 5, direkt Rosenthaler Tor.

Auf Teilzahlung!
Moderne Herrengarderobe in vornehmster Ausführung, bequeme diskrete Teilzahlung. Gebrüder Geniger, Oranienburger Str. 38 Seitenfl. (Nähe Oranienburger Tor). Geschäftszeit von 9—7. Hausnummer genau beachten.

Möbel

Chaiselongues,
278.—, Metallbetten 250.—, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbettbett, Weiße, Augustr. 28a, Quergebäude.

Gebrauchter
Kleiderschrank, Vertikow, Bettstellen, Küche, diverse Einzelmöbel, gut erhalten, verkauft billigst, Elbersfelderstr. 5, Laden.

Küchen,
moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, enorm preiswert. Riekenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Str. 22 (Schönhauser Tor).

Möbelhaus Kamerling.
Kastanien-Allee 58 (Ecke Weinbergsweg), Speisezimmer, Schlafzimmer, Herrenzimmer, Küchen-Einrichtungen, Nußbaumwohnzimmer, Sofas, Ruhebetten günstig billig.

Gut und billig.
Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen, reelle Arbeit, billigste Preise, große Auswahl, Bindhorst, Möbeltischlerei, Brunnenstr. 162.

Chaiselongues,
Umbausofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen, Walter, Stargarder Str. achtzehn.

Kaufgesuche

Silberschmelze Christstraße, Köpenicker Straße 20a (gegenüber Manteuffelstraße), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Quecksilber, Glühstrumpfasche, sämtliche Metalle.

Pistolen
und Prismenfeldstecher kauft zu höchsten Preisen Kirstein, Linienstraße 50.

Rundmaschine,
Stickenmaschine, Kokantemaschine; Tafelschere etc. Pappschere kauft Appel, Gr. Frankfurterstr. 48.

Fahrräder

Fahrradankauf.
Linienstr. 19.

Fahrradankauf
höchstzahlend, Brückner, Gitschiner Straße 78.

Fahrradgummi!
Laufmäntel 125 Mark Luftschläuche 45 Mark Jahresgarantie.
Schlawe,
Weinmeisterstr. 4.

Arbeitsmarkt

Klappkragen.
Singerstepperinnen und Vorrichterinnen, nur n. gelübte, außer dem Hause, verlangen für dauernde Beschäftigung sofort Gebrüder Borchardt, Pappelallee 78/79

Merkt Euch unsere Inserenten!

Zum Osterfest erinnern wir an unsere Die sparsame Hausfrau allseitig gerühmte

BOLLE

Milch—Margarine—Butter

täglich frisch gereinigt, pasteurisiert und tiefgekühlt — täglich frisch. Vorzüglich im Geschmack u. sehr ergiebig — täglich frisch

Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften, in unseren Verkaufsstellen und an unseren Wagen.

Telephon: Amt Moabit 7905, 7911-14 u. 2565 — **Meierei C. Bolle Aktien-Gesellschaft** — Alt-Moabit Nr. 98-103